

**AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG, LANDESAMTSDIREKTION**

1014 Wien, Herrngasse 11-13

Parteienverkehr Dienstag 8-12 Uhr  
und 16-19 UhrAmt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014An das  
Bundesministerium für  
soziale VerwaltungStubenring 1  
1010 Wien

Beilagen

LAD-VD-9321/21

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Betrifft GESETZENTWURF	
Z' 55	-GE 986
Datum: 17. SEP. 1986	
Verteilt 19.9.86 <i>le</i>	

Bezug

Bearbeiter

(0 22 2) 63 57 11 Durchwahl

Datum

20.549/3-1b/1986

Dr. Grüner

2152

16. Sep. 1986 *L. Hajek*

Betrifft

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz, Novelle; Stellungnahme

Die NÖ Landesregierung beehrt sich zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz geändert werden soll (11. Novelle zum Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz), wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Zu Art. I Z. 4 lit. b (§ 25 Abs. 5):

Es sollte - zumindest in den Übergangsbestimmungen - geklärt werden, ab wann nun die Mindestbeitragsgrundlage das erste Mal aufgewertet werden soll.

2. Zu Art. I Z. 5 (§ 25a):

Es ist fraglich, ob die Regelung über die Nachbemessung der Beiträge in der Krankenversicherung dann dem Gleichheitssatz entspricht, wenn die Beitragsgrundlage die Geldleistungsgrenze übersteigt. Der nachträglichen Vorschreibung von Beiträgen über die Geldleistungsgrenze steht keine äquivalente Leistung gegenüber, da der Versicherte - abgesehen von § 25 Abs. 7 - keine Möglichkeit hätte, Geldleistungen in Anspruch zu nehmen.

3. Zu Art. I Z. 12b (§ 35 Abs. 4):

Die Formulierung "soweit dies nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen gerechtfertigt erscheint" wird eine gesetzmäßige Vollziehung dieser Bestimmung erschweren. Hier müßten zumindest Kriterien normiert werden.

- 2 -

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung

L u d w i g

Landeshauptmann

- 3 -

LAD-VD-9321/21

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen  
(zu Händen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung  
L u d w i g  
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung

